

## **Das Kapital startet weiteren Angriff auf die Sozialsysteme**

Von Robert Herrlich

Der Bundesverband der Arbeitgeberverbände (BDA) hat erneut die Jagd auf unsere Sozialsysteme eröffnet. Das Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDA, Alexander Gunkel, startete kürzlich einen weiteren Angriff auf die gesetzliche Rentenversicherung.

Die aktuell gültige Regelung, nach der Arbeitnehmer nach 45 Beitragsjahren „schon“ mit 65 Jahren Altersrente bekommen können, hält Gunkel für falsch, weil dies immer noch jeden vierten Arbeitnehmer betrafe. Auch das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren sei überdenkenswert, was wohl das nächste Ziel der Arbeitgeberverbände, nämlich die Rente mit 70 beschreibt. Über die aktuelle Ausnahmeregelung bei 45 Beitragsjahren kann ein Bundestagsabgeordneter nur müde lächeln. Er erwirbt bereits nach ein paar Jahren einen Versorgungsanspruch, den ein Durchschnittsverdiener in seinem ganzen Arbeitsleben nicht erreicht. Solange aber die Entscheider (Abgeordneten) nicht zu Betroffenen gemacht werden, wird sich auch nichts ändern.

Während in diesen Tagen zu lesen war, dass sich die Top-Manager in unserem Land in den letzten Jahren bisher ungewöhnlich hohe Summen für ihre Altersversorgung zugebilligt haben, sprechen die Handlanger dieser oberen Zehntausend gegenüber der Bevölkerung von der Notwendigkeit, Sozialleistungen zu kürzen oder zu streichen.

Dieser Staat wird immer asozialer. In kaum einem anderen hoch entwickelten Industriestaat (außer den USA) wurden die Sozialleistungen der Bevölkerung dermaßen heruntergefahren, wie in Deutschland. In der Schweiz gilt – wie auch in einigen anderen Ländern – das sogenannte Einwohner-Versicherungsprinzip. Das bedeutet, dass alle Einwohner – also auch der Bankvorstand mit mehreren Millionen Franken Gehalt im Jahr – einen gleichen Prozentsatz in die staatliche Altersvorsorge einzahlen und dies – man horche auf! – ohne Beitragsbemessungsgrenze. Dieses Prinzip ist krisenfest und auch demografiefest, weil es sich praktisch an den volkswirtschaftlichen Gesamteinnahmen orientiert und nicht nur an den Einkommen der Arbeitnehmer. Eingeführt in Deutschland würde dies eine sofortige massive Senkung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung zur Folge haben und alle permanent wiederholten Mythen in das Reich der Sagen schicken. Denn das Volkseinkommen in Deutschland war noch nie so hoch wie derzeit. Leider ist es nur falsch verteilt. Während die Gewinne aus Unternehmen und die Einnahmen aus Kapitaleinkünften stetig nach oben zeigen, erlitt der deutsche Arbeitnehmer in den letzten Jahren – im Gegensatz zu seinem Kollegen in den anderen europäischen Ländern – einen Reallohnverlust und der Lohnanteil am Volkseinkommen sinkt ständig. Außerdem ist das Lohndumpingmodell zur Sicherung des Standorts Deutschland nur auf den ersten Blick erfolgreich gewesen. Die Folgen erleben wir gerade: Unsere Außenhandelsüberschüsse sind die Außenhandelsdefizite der anderen. Nun übernimmt der Steuerzahler die Kosten dieser verfehlten Politik, während die Superreichen ihre Gewinne bereits im Ausland platziert haben. Und auch die Schwarzgeldbesitzer werden mithilfe unserer Wirtschaftsregierung in Berlin bei der Verschiebung dieser Gelder in die Schweiz unbehelligt bleiben. Einführung des Schweizer Renten-Systems? Gott und das Bundesverfassungsgericht möge uns davor bewahren! Enteignung, und was sonst auch immer, würden die Reichen schreien und die Politiker fassen das Thema vor lauter Angst erst gar nicht an.

Der Gipfel der Unverschämtheit stellt nun die Forderung von Herrn Gunkel dar, Hinterbliebenenrenten nicht mehr an arbeitsfähige Hinterbliebene zu zahlen. Unter der relativ harmlos klingenden Überschrift: „Arbeitgeber wollen Witwen-Rente kürzen!“ zitiert die

„BILD“ Herr Gunkel so: Die sogenannte „Hinterbliebenenversorgung“ sei „eine Fürsorgeleistung und sollte nur an Angehörige ausgezahlt werden, die nicht selbst für sich sorgen können“. Dies ist aber nicht die Ankündigung einer Rentenkürzung, sondern die Ankündigung der kompletten Streichung einer Versicherungsleistung! Selbst der VdK-Verband fällt auf diesen Terminus herein und wendet sich gegen eine Kürzung (!) der Witwenrenten, weil die Frauen ja ohnehin im Durchschnitt 23 Prozent weniger Lohn als Männer erhielten, die Arbeitsmarktchancen für über 45jährige nach wie vor schlecht wären und dies alles zu einer Verschärfung der Altersarmut führte.

Nun ist es also raus: Die Kapitalisten und ihre Helfershelfer im BDA wollen eine neue Kohorte verarmter Hartz-IV-Empfänger schaffen und die Serie des sozialen Kahlschlags fortsetzen. Es gibt aus Sicht der Wirtschaftsmanager offenbar noch nicht genug Armut und Verzweiflung unter den Menschen in Deutschland. So wurde mir aus einem Treffen hochrangiger Parteivertreter der FDP berichtet, dass man sich wundere, dass es immer noch so ruhig in Deutschland sei. Wie wahr, wie wahr! Allerdings zeigt die Erfahrung aus den USA, dass Armut sprachlos macht. Die Menschen sind nach einiger Zeit nicht mehr in der Lage, aufzubegehren. Sie haben oft keine Kraft mehr, sich zu wehren.

Wieder einmal mehr wird die Lebensplanung vieler Menschen in Deutschland zerstört. Nach dem Tod des Partners erfolgt unmittelbar der Absturz in die Armut. Die gemeinsame Wohnung oder das Eigenheim ist Vergangenheit. Denn auch vorhandene Zusatzversorgungssysteme treten nur dann ein, wenn gleichzeitig eine gesetzliche Rente gezahlt wird. Übrig bleiben ca. 50 qm Wohnraum und die bereits vielen Hartz-IV-Beziehern bekannte Grundsicherung.

Nun möge niemand denken, die Arbeitgeber sorgten sich um den Fortbestand der gesetzlichen Rentenversicherung! Weit gefehlt: Es geht ihnen – wie könnte es auch anders sein – wieder einmal um die Sicherung und den Ausbau der Unternehmergewinne. Zwar wirkten sich die oben angesprochenen Leistungsver schlechterungen allenfalls mit einem Bruchteil eines Euro-Cents auf die Arbeitsstunde aus, aber Kleinvieh macht ja bekanntlich auch Mist und zusammen gerechnet kommt trotzdem ein erkleckliches Sümmchen für unsere immer jammernden Unternehmer heraus. Und was man jetzt zusammen raffen kann, das will man auch haben.

Die Gier der Wirtschaftsbosse scheint, trotz der sich immer schneller drehenden Reichtumsuhr, unbegrenzt zu sein. Nach dem durch den Rentenbetrug im Zusammenhang mit der Riester-Rente und der damit verbundenen und folgenden Kürzungen der Rentenformeln ganze Generationen in Altersarmut gebracht werden, nach dem durch die Hartz-Gesetze Millionen von Menschen ihre Ersparnisse verloren und in Armut, Verzweiflung und Selbstmord getrieben wurden, reicht es immer noch nicht: Man muss noch der gesamten nachwachsenden Generation das gigantische Rentenkürzungsprogramm der „Rente mit 67/70 usw.“ aufdrucken. Und nun noch der Angriff auf die Hinterbliebenenversorgung.

Es ist müßig, darauf hinzuweisen, dass dies alles nur zu einem Teil mit der demografischen Entwicklung in unserem Lande zu tun hat, auch wenn dies immer wieder von den Kreisen behauptet wird, die allein ihren Profit im Auge haben. Egal, ob private Versicherungswirtschaft oder die Vertreter der Arbeitgeberverbände: Alle wollen mit ihren Lügen Kapital aus der Lage der Menschen in unserem Land schlagen. Leider haben diejenigen, die am meisten davon profitieren, auch die Meinungshoheit in unserem Lande. Journalisten schreiben oft ungeprüft diesen Unsinn ab und verteidigen damit noch die Wirtschaftslobbyisten in ihren Kommentaren und Politiker übernehmen oft Wort für Wort die

Sprüche aus den neoliberalen Denkfabriken, wie z. B. „Mehr Netto vom Brutto“ oder – oh Schreck – : künftig müssen immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentner finanzieren.

Nur die Wenigsten fragen nach, ob denn diese Behauptungen überhaupt stimmen. Die Masse ist inzwischen durch die Berieselung der Verdummungsmaschinerien des Bertelmann-Konzerns (Privatfernsehen) und der Springer-Presse nicht mehr in der Lage, halbwegs intelligente Fragen zu stellen. Und die persönlichen Freundinnen von Frau Merkel, nämlich Frau Mohn vom Bertelmann-Konzern und Frau Springer, tun ihr Bestes, um die Bevölkerung ruhig zu halten.

Das Demografie-Problem in der Rentenversicherung, das in den nächsten zwanzig Jahren bewältigt werden muss, ließe sich durch eine minimale Beitragsanpassung bewältigen. Niemand aber hat die Arbeitnehmer gefragt, ob sie dafür bereit wären, monatlich einen kleinen Obolus mehr zu entrichten, um damit wie bisher die Rente mit 65 zu erhalten. Stattdessen werden die jungen Leute bedrängt, vier Prozent ihres Einkommens für eine zweifelhafte Konstruktion namens Riester-Rente aufzuwenden, die allein der Finanzwirtschaft Einnahmen in Milliardenhöhe beschert, den Menschen selbst aber im Rentenfall ziemlich nutzlos ist. Die Steuerzahler haben inzwischen bereits 15 Milliarden Euro an Zuschüssen für die Riester-Rente berappen müssen. Geld, das fast vollständig in die Taschen der Finanzindustrie geflossen ist und den Turbo-Betrieb im Weltkasino nur noch beschleunigt. Die Regierungen und Parlamente, die das zu verantworten haben, haben schwere Schuld auf sich geladen.

Vor Einführung der Riester-Rente sprach ich mit dem damaligen Vorsitzenden des Sachverständigenrats der Bundesregierung, Bert Rürup, über die Ausgestaltung dieser auf Druck der privaten Versicherungswirtschaft zustande gekommenen Gesetze. Ich regte dabei an, zumindest auch die gesetzliche Rentenversicherung an dem Vorhaben zu beteiligen, damit nicht so viel Geld der Bürger und des Staates in den Taschen der Aktionäre verschwindet. Herr Rürup antwortete mir, dies sei zwar technisch und rechtlich möglich, aber die Politiker hätten sich für das private Modell entschieden.

Warum Politiker so handeln, liegt auf der Hand. Die Parteizentralen werden weitgehend mit den Großspenden aus Versicherungen, Banken und der Industrie finanziert. Aus der gesetzlichen Sozialversicherung fließen aus gesetzlichen Gründen (Gott sei Dank!) keine Gelder an die Parteien, ebenso aus satzungsrechtlichen Gründen nicht aus den Gewerkschaften. Diese Institutionen kann man als Politiker also getrost vergessen. Eine Menge Abgeordnete, vor allem der Union und der FDP, haben Funktionen in diversen Aufsichtsräten, Beiräten und was es sonst noch in der privaten Finanzwirtschaft gibt, übernommen und sind nicht mehr als neutrale Sachverwalter der Bürger zu bezeichnen. Als eines der wenigen westlichen Länder ist die Bestechung der Bundestagsabgeordneten in Deutschland nicht strafbar. Warum wohl? Auch ein Blick in die FDP-Bundestagsfraktion ist sehr aufschlussreich: Die meisten Abgeordneten kommen aus dem Bereich der Finanzwirtschaft oder der Unternehmensberatungen. Von diesen Leuten ist wirklich nichts für die Menschen zu erwarten. Sie sind allein im Auftrage ihrer Unternehmen tätig, sorgen in ihrer politischen Funktion für eine weitere Gewinnmaximierung ihrer Branchen und sitzen praktisch als Versicherungsagenten im Parlament.

Die zu Recht als Splitterpartei verkommene FDP hat einzig und allein ihre Klientel, in deren Auftrag sie tätig ist, im Blick. Ihre neoliberalen Forderungen scheren sich einen Dreck um die Vorgaben des Grundgesetzes zur Sozialstaatlichkeit. Diese – Gott und den Vätern und Müttern des Grundgesetzes sei gedankt – mit Ewigkeitswirkung bestehenden

verfassungsrechtlichen Vorgaben sind in den Köpfen der FDP-Leute nur sehr unterentwickelt zu entdecken. Dass eine sich christlich nennende Partei mit solchen Typen zusammenarbeitet, zeigt, dass das „C“ im Parteinamen der CDU eher ein Marketinginstrument, als eine zutreffende Bezeichnung ist.

Je mehr die Bande der geldgierigen Kapitalisten mithilfe willfähriger Politiker in Berlin durchsetzen kann, umso unverschämter gehen ihre Forderungen zur Ausbeutung der Bürger und Umverteilung der Gelder nach oben weiter. Diesen Sozialautisten interessieren die Schicksale der Menschen in unserem Land überhaupt nicht mehr. Ihre Skrupel werden immer weniger, weil es niemand gibt, der sie in ihrem asozialen Treiben aufhält. Die gewissenlose Clique nimmt dabei bewusst in Kauf, dass unsere Sozialversicherung auch nur wegen minimaler Profitsteigerungen nachhaltig demontiert wird. Dabei geht sie im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen. Zwar existiert keine amtliche Statistik über die Gründe der Selbsttötungen aus sozialer Hoffnungslosigkeit, aber viele Menschen kennen solche Fälle und hoffen, dass es sie selbst nicht treffen wird.

Früher gab es einmal so etwas wie ein Vertrauensschutz. Da konnte der Bürger darauf vertrauen, dass er die in seine – zumindest kurzfristige – Lebensplanung einbezogenen gesetzlichen Leistungsansprüche im Falle des Falles auch erhält. Nach der Regel: In eine Versicherung zahlt man ein, in der Hoffnung, im Leistungsfall die zugesagte Leistung auch zu bekommen. Aber das ist lange her. Seit vielen Jahren schon ist das Versicherungsprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung zu einem Fürsorge-Prinzip verkommen, dessen Leistungen sich nach dem aktuellen Profitstreben der Wirtschaft orientieren. Nicht umsonst spricht deshalb Herr Gunkel im Zusammenhang mit der gesetzlich garantierten Versicherungsleistung „Hinterbliebenenrente“ von einer „Fürsorgeleistung“. Damit ist die Richtung des Kampfes vorgegeben: Der Umbau des Sozialstaats grundgesetzlicher Prägung in einen Fürsorgestaat des 19. Jahrhunderts. Es ist tragisch, dass dies niemand bemerkt. Die kommenden Generationen werden uns eines Tages verfluchen, dass wir dies alles heute zugelassen haben.

Statt Rücklagen in der Sozialversicherung aufzubauen, wurden auf Druck der Arbeitgeber bereits die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und nun auch die Beiträge zur Rentenversicherung gesenkt. Ein Aberwitz, wenn man bedenkt, dass die gleichen Lobbyisten davon faseln, die Finanzierung der Sozialsysteme sei in Gefahr. Das Gegenteil ist der Fall: Die Systeme werden erst durch die unablässigen unsozialen Forderungen und durch hilfsbereite Politiker in Gefahr gebracht! Eine winzige Gesetzesänderung hätte ausgereicht, um den Rentenbeitrag im Jahr 2012 in stabiler Höhe wie bisher zu halten. Dazu hätte man nur eine Zahl ändern müssen: Nämlich statt der Höchstrücklage von 1,5 Monatsausgaben eine neue Höchstrücklage von 2,5 Monatsausgaben festzuschreiben, nach deren Erreichen erst eine Beitragssenkung erfolgen muss. Aber die Gier der Kapitalisten hat auch hier wieder gesiegt. Beitragssenkungen durchsetzen und Leistungsstreichungen fordern: Selbst dem schlichtesten Gemüht dürfte nun klar werden, welche verantwortungslose Hintermänner hinter solchem Vorgehen stehen müssen.

Aber die Lobbyarbeit der Kapitalisten trifft diese eines Tages selbst: Eine zunehmende und vor allem in den neuen Bundesländern katastrophale Altersarmut, bringt jegliche Binnennachfrage zum Erliegen. Wer soll die produzierten Waren noch kaufen, wenn außer den immer weniger werdenden gut Verdienenden niemand mehr Geld hat und seinen eigenen Lebensunterhalt nur noch mit Ach und Krach sichern kann? Eine demolierte Sozialversicherung führt zur kompletten Inakzeptanz unseren sozialen Sicherungssystems mit weitreichenden Folgen auf den sozialen Frieden; Folgen für diese Gesellschaft einschließlich

der Wirtschaftsbesse, die noch nicht realisiert haben, dass sie mit ihrem Tun an dem Ast sägen, auf dem sie sich so sicher fühlen.

Die erste Androhung einer Selbsttötung für den Fall, dass die Forderungen des BDA von den Helfershelfern in Berlin umgesetzt werden, ist mir bereits bekannt.

Wer stoppt diese Amokläufer?